

Demokratie, Swiss made

Ein politischer Aufsatz von Roger Zurbriggen, Frühling 2017

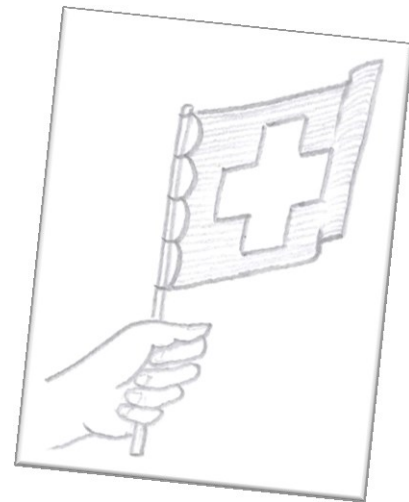
- **Der breite realpolitische Kompromiss resultiert aus dem Ringen aller Parteien.**
- **Die Mitsprache aller Minderheiten dauert, verleiht aber Dauerhaftigkeit.**
- **Jede Politik/Partei, die den gesellschaftlichen Frieden sucht, ist christlich.**

Inhalt

Vorwort: Was ist gute Politik?

1. Wertschätzung
2. Gratkletterei
3. Die Kraft des Einfachen
4. Recht gegen Macht
5. Werte zur Orientierung
6. Feinde der Nation
7. Keiner will unchristlich sein
8. Was sagt die Kirche?
9. Handeln aus Überzeugung
10. Stachel im Fleisch
11. Wenn die Wut erlischt
12. Heim gehen

Schlusswort: Wer ist ein guter Politiker?



Vorwort

Was ist gute Politik? Gute Politik basiert auf der Priorität des Gemeinwohls gegenüber dem Wohl des Einzelnen, was mit dem Wort selber auch gesagt ist.

Als Schreiber möchte ich meine Sicht der Dinge darstellen. Dabei ist mir bewusst, dass es auch andere Sichtweisen gibt, die ebenso richtig sein können. Deswegen will ich auch niemanden von meiner Sichtweise her forcieren. Ich möchte aber sehr wohl mit dem Leser ins Gespräch geraten über was denn gute Politik ist und dabei mehr über seine Sichtweise erfahren.

Mein Aufsatz handelt von der Schweizer Politik. Dabei geht es mir nicht um politische Sachgeschäfte und deren Positionen, sondern um politische Grundhaltungen und unser gutes System von Institutionen.

Obwohl ich viel über die politische Mitte und über das Christliche in der Politik schreibe, möchte ich mit diesen Aussagen gerade nicht in eine bestimmte Partei gestellt werden. Denn das Christliche erstreckt sich über das gesamte politische Parteienspektrum (so eine Kernaussage von mir) und die politische Mitte zeigt sich vielfältiger, als dass sie eine Partei für sich alleine beanspruchen darf.

Beginnen tue ich mit der Wertschätzung der Schweizer Demokratie und versuche damit ihre vielen Aspekte und deren Ausgewogenheit zu verstehen.

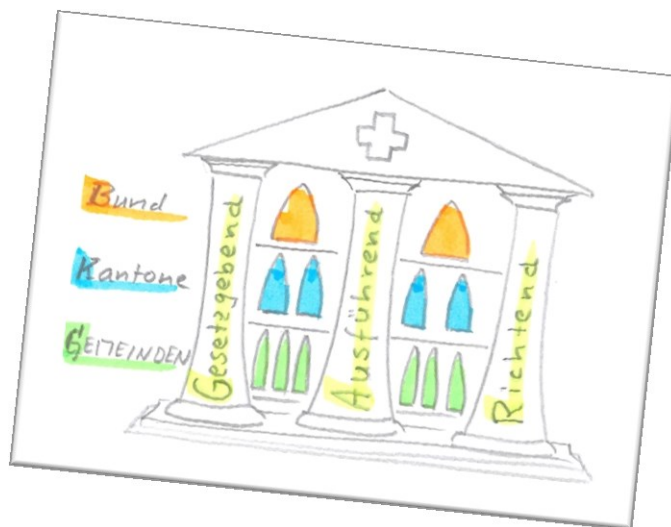
1. Wertschätzung

Unsere Vorfahren haben ein feingliedriges und ausgeklügeltes politisches System aufgebaut. Es verhindert eine Machtballung in den Händen einzelner Personen oder Institutionen und gewährleistet, dass keine Minderheit aussen vor ist und alle mitgestalten können. Folgende Tabelle listet sieben elementare Aspekte des eidgenössischen Systems.

Sieben Bundesräte	Ein Gremium (nicht eine Einzelperson), das aus dem Konsens heraus die Schweiz regiert. Seine Zusammensetzung entspricht einer vereinbarten Koalition, worin alle grossen Parteien („Zauberformel“) und möglichst alle Landesregionen vertreten sind.
Zwei Kammern	Bevölkerungsschwache Kantone sind im Nationalrat entsprechend geringer vertreten. Deswegen die zweite Kammer, der Ständerat, wo jeder Kanton zwei Vertreter hat. Gesetzesänderungen müssen von beiden Kammern beschlossen werden.
Drei Staatsgewalten	Über alle drei Staatebenen (Gemeinden/Städte, Kantone, Bund) sind die gesetzgebende, die ausführende und die richterliche Gewalt getrennt und verhindern eine Machtballung (siehe Figur unten).
Föderalismus gegen Zentralismus	Der als „Kantönligeist“ zu unrecht verrufene Föderalismus gewährleistet, dass die Kantone in möglichst vielen Bereichen die Hoheit behalten, um eine ihrer Region entsprechende bürgernahe Politik zu gestalten.
Steuerhoheit an der Basis	Gemäss der Aufgabenverteilung zwischen den drei Staatsebenen bleiben etwa 6/7 der Steuereinnahmen in der Kompetenz von Gemeinden und Kantonen, also im Wohnort und in der Region des Bürgers und bewirken eine gute Steuermoral.
Direkte Demokratie	Die letzte Entscheidung bei wichtigen Gesetzen ist dem Volk vorbehalten, respektive kann vom Volk eingefordert werden. Das verhindert eine elitäre Politik, die am Volk vorbei gehen würde.
Milizsystem	Kandidaten aus allen Bevölkerungsgruppen und Berufen werden in die Parlamente gewählt. Auch wenn sie für ihr Amt zunehmend mehr Zeit benötigen, so sind sie keine Absolventen von Politikaderschmieden, sondern Bürgerinnen und Bürger, die den Alltag kennen.

Ein eidgenössischer Demokrat muss sich mit vielen Aspekten der Gesellschaft auseinandersetzen und ist im Denken gefordert. Dasselbe gilt auch für die Mandatsträger politischer Ämter. Wir brauchen gute Denker. Viele verkaufen sich aber als Macher und vermitteln den Eindruck, dass es Missstände zu beheben gilt. Das mag im Einzelfall stimmen und es gibt immer ein Beispiel, das diese Macher anführen können. Aber wir brauchen vor allem Denker, die zuerst das eidgenössische Mobile in seinen Zusammenhängen und ausbalancierten Gewichten und Gegengewichten verstehen wollen, bevor sie sich ans Werk machen und sich für Anpassungen und Verbesserungen einsetzen.

Der Macher behauptet indirekt immer, dass er die Sache verstanden hat und genau weiss, was die Auswirkungen seines Tuns sind. Der Denker ist nicht einer, der nichts macht, aber einer, der zuerst darüber nachdenkt und sich eingesteht, dass er Zeit braucht, um mit anderen zusammen zu guten Entscheidungen für das Wohl aller zu kommen. Das verlangt Geduld und Demut, die sich im Wahlkampf aber schlecht verkaufen lassen.



Eine andere Schwierigkeit entsteht aus der politischen Gleichgültigkeit heraus. Man ist ja versorgt und geniesst die gesellschaftlichen Freiheiten. Dabei vergisst mancher, dass diese Freiheiten einmal erstritten wurden und stets erhalten werden müssen, und dass es dafür das Engagement von jeder und jedem bedarf. Denn in der Schweizer Politik geht es nicht um Persönlichkeiten, sondern um das Funktionieren des Föderalismus im Wechselspiel zwischen Bürger und Bund. Und dieses Funktionieren braucht die Mitwirkung aller. Mit dem Zahlen von Steuern ist noch kein Schulhaus gebaut und kein Gericht funktioniert.

Politik ist nicht Bezahlen für Konsum, sondern Mitwirken im Tun. Wir haben ein Milizsystem, wo es jeden und jede braucht, die ihre Stimme abgeben. Es braucht Leute, die sich bei den Parteien an der Basis einsetzen und auch eine Zeitlang ein Amt auszuführen bereit sind. Die direkte Demokratie verträgt kein Konsumverhalten. Der Konsum führt in die Lethargie des Regiert-sein-wollens. Wertschätzen wir also das Werk unserer Vorfahren und führen wir es weiter für unsere Kinder.

2. Gratklettere

Obwohl eine Mittepartei nur 5% des Zürcher Kantonsrates stellt, stimmten fast 85% der Zürcher Gemeinden zu den eidgenössischen Vorlagen zwischen 2008 und 2014 jeweils entsprechend den Parolen dieser Partei. So berichtete die Neue Zürcher Zeitung (6.2.15) über die Resultate einer Studie von Lukas Lauener. Diese zeigte, dass sich eine Mehrheit der Zürcher nicht bewusst ist, dass es für ihr persönliches Abstimmungsverhalten eine Partei gäbe, welche sie aber bei Wahlen nicht unterstützen. Was für den Kanton Zürich festgestellt wurde, ist mehr oder weniger auch auf die Schweiz übertragbar. Der Schweizer wählt verstärkt die Polparteien, obwohl er selber ein ausgewogenes Abstimmungsverhalten pflegt. Durch diesen Trend werden die Parlamente zunehmend polarisiert, wichtige Entscheide fallen zunehmend knapper aus, sind also nicht mehr so breit abgestützt, und die politische Lösungsfindung gestaltet sich zunehmend schwieriger. Die Schweizerin und der Schweizer sind sich zu wenig bewusst, dass die eidgenössische Konkordanzpolitik durch ihr Wahlverhalten (betreffend den Kandidaten) zunehmend strapaziert wird und sie schlussendlich ihrem eigenen Abstimmungsverhalten (betreffend den Sachfragen) tendenziell entgegenwirken. Offenbar überzeugt den Schweizer das Marketing der Polparteien, die

sich schärfer und klarer profilieren können. Er wählt die Vertreter der Flügel, weil ihm die Kandidaten der Mitteparteien offenbar zu wenig kantig und zu anständig daher kommen und ihre Ziele zuwenig spektakulär sind. Er ist sich aber bewusst, dass die Schweiz ein bewährtes politisches System hat, das weniger grossen Änderungen, als vielmehr punktuellen Optimierungen bedarf. Er erteilt deswegen den meisten spektakulären Abstimmungsvorlagen eine Absage.

Die zunehmende politische Polarisierung wirkt auf die Gesellschaft zurück und polarisiert diese. Es ist also ein Wechselspiel. Vielen ist aber nicht klar, dass für den gesellschaftlichen Zusammenhalt jede weitere Polarisierung zusätzliches Gift ist. Denn eine Polarisierung geht immer zu Lasten von Empathie und Solidarität. Deswegen warnte unlängst (Neue Luzerner Zeitung, 20.11.16) auch der Papst vor einer zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft mit folgenden Worten: „*Das Virus der Polarisierung und der Feindschaft dringt in unsere Art zu denken, zu fühlen und zu handeln ein. Dagegen sind wir nicht immun, und wir müssen aufpassen, dass eine solche Haltung nicht unser Herz in Beschlag nimmt.*“

Eine fortschreitende Polarisierung führt irgendwann zur Spaltung einer Gesellschaft. Das ist jenes Stadium, wo der Kitt der Mitte nicht mehr zu halten vermag und eine Gesellschaft in zwei Lager zerfällt. Häufig findet gleichzeitig eine Radikalisierung an den Polen statt, welche die Kluft mit noch mehr Spannungen auflädt.

Für mich als Bergsteiger, ist die politische Mitte wie ein Felsgrat. Dieser hat Aufschwünge (sogenannte Gendarmen), die man leichter umgehen kann, als dass man sie überklettert. Der Routenbeschrieb empfiehlt dann, je nach Beschaffenheit der Flanken, eine Umgehung links oder rechts davon. Wichtig ist, dass man sobald als möglich wieder auf den Grat zurückkehrt. Denn eine Flanke birgt immer die Gefahr des



Versteigens. So kann es geschehen, dass ein leicht begehbares Band sich in abschüssigen Platten verliert und man sich plötzlich weit entfernt von der letzten Sicherung in Gefahr befindet. Wenn der Rückstieg schwierig ist, wird die Flanke zur Falle und der Absturz droht. Nicht so auf dem Grat, der deswegen immer wieder angeklettert werden muss, weil sich dort immer drei Möglichkeiten bieten: dem Grat zu folgen oder die Umgehung seiner Gendarmen auf der linken oder rechten Seite.

Auf dem Grat kann ich auch leicht Sicherungen anbringen oder im Fall eines Sturzes des Seilpartners, in die gegenüberliegende Flanke springen, um seinen Sturz zu fangen. In jungen Jahren musste ich einmal am Gipfelgrat des Triflthorns einen solchen Sprung wagen, als mein Seilpartner mit einer Wächte in die Südflanke abbrach. Wir hatten Glück, dass er auf ein aperes Felsband fiel und nicht weiter in die rechte Flanke hinab stürzte.

Beim Felsgrat ist es die Mitte, die profiliert ist und die Flanken sind grau, vereist, nass oder nebulös. In der Politik wird aber meistens das gegenteilige Bild der Mitte gezeichnet: eine nebulöse Mitte zwischen scharf profilierten Flanken. In der nebulösen Mitte würden faule Kompromisse zwischen den klaren Meinungen von links und rechts verwurstet. So lautet die Polemik.

Ich behaupte das Gegenteil: Die politische Kunst besteht in der nüchternen Suche der einfachsten Route. Man geht manchmal etwas links oder rechts ausholen, dabei handelt es sich aber immer um Umgehungen, die wieder auf die Grat-Mitte zurückführen, wo ich die Übersicht erhalte und in der Ferne das Gipfel-Ziel sehe, wo die Grat-Mitte hinmündet. Der Grat ist zwar schmal, aber die sicherste Route. Die Seilschaft, die auf dem Grat bleibt, ist auch die, welche einer gefährdeten Seilschaft im Eis einer Nordflanke oder im tropfenden brüchigen Gestein einer Südflanke ihr Seil hinunterlassen kann, um ihr einen sicheren Ausstieg zu ermöglichen. Auch das habe ich in jungen Jahren auf dem Nordgrat des Weissmies, meiner ersten Besteigung eines Viertausenders, erlebt.

Politik ist eine Gratklettern, wo man in Seilschaften unterwegs ist. Die Kunst ist es, immer wieder in die sichere Mitte zurückzukommen. Die Mitte sucht den grösstmöglichen Kompromiss. Dieser kennt am meisten Beteiligte, die zwar alle nicht ganz zufrieden sind mit der Lösung, aber einsehen, dass sie trotzdem die richtige ist, weil sie realpolitisch breit abgestützt ist.

Der gute Kompromiss versucht knappe Mehrheiten zu verhindern. Und zwar umso mehr, als es sich um langfristige Verfassungsänderungen handelt. Parteien, die versuchen Verfassungsänderungen zu bewirken, die zwar aus ihrer Ideologie gesehen fundamental sind, aber nur im Schatten gewisser Vorfälle durch eine knappe Mehrheit zustande kommen, haben das Prinzip einer Verfassung nicht verstanden. Verfassungsänderungen müssen zwingend von einer breiten Basis getragen sein, damit sie auch für kommende Zeiten gelten können, wo sich die knappen Mehrheiten bereits wieder verschoben haben.

3. Die Kraft des Einfachen

„Alles ist Marketing!“ So hat es mal ein ehemaliger Firmenleiter gesagt. Und tatsächlich, unser Umfeld verlangt, dass man seine Ziele jederzeit in einfachen Slogans auf den Punkt bringen kann. Denn die Einfachheit hat eine überzeugende Kraft.

Diese Kraft des Einfachen wird im Populismus genutzt. Populismus ist also, wenn ich durch eine einfache und eingängige Sprache eine Volksmehrheit ansprechen kann und sie zu überzeugen vermag. Der Begriff „populär“ meint etwas Ähnliches. Nämlich, dass etwas vom Volk, dem Populus (lateinisch) akzeptiert wird. So meint man mit „populärwissenschaftlich“ auch eine Art der Wissensvermittlung, die ohne Fachbegriffe auskommt und für jede und jeden verständlich ist.

Ein Populismus ist dort zu würdigen, wo er einen komplexen Sachverhalt vereinfacht darstellt, damit sich die Sache dem Publikum (dem Volk) besser vermitteln lässt. Dies verlangt eine didaktische Begabung.

Ein Populismus ist dort zu kritisieren, wo er einen komplexen Sachverhalt so darstellt, damit sich das Publikum (das Volk) gemäss einer niederen Absicht manipulieren lässt.

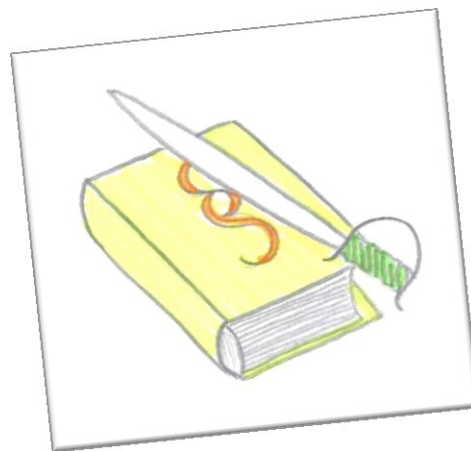
Vielfach handelt es sich bei dieser niederen Absicht um die Mehrung des eigenen Einflusses und damit der eigenen Macht. Ein solcher Populist hütet sich in seiner

Motivation entlarvt zu werden, obwohl er sich eigentlich selbst verrät, indem er den Sachverhalt verfälscht. Das kann sogar so weit führen, dass frei Erfundenes einfach behauptet wird. Wenn dann ein Gegner dies aufdecken will, so wird mit Lautstärke und stärker werdenden Kraftwörtern der Sachverhalt an den Rand gestellt und auf pure Selbstdarstellung und Disqualifikation des Gegenübers geschaltet. Eine sachliche Argumentation, und damit eine freie Meinungsbildung im Publikum, sind dann nicht mehr möglich und es geschieht eine rein emotionale Polarisierung. Das heisst die Anhänger werden noch mehr eingeschworen und den Gegnern begegnet man mit Verachtung. Das mediale Ziel ist erreicht, weil die Medien damit die Auflagen und Einschaltquoten treiben und die nächste Arena wird angesagt.

Der gute und schlechte Populismus unterscheiden sich in ihrem Gehalt an Wahrheit und Lüge. Deren Unterscheidung ist aber schwierig, wenn sie vermischt in einer Meinung daherkommen. Es gibt aber ein Mittel zu deren Unterscheidung – Bildung. Dazu braucht man nicht höhere Schulen besucht zu haben. Sondern man muss lediglich ein interessierter Bürger sein, der selber die Zeitung und Bücher liest und in Diskussionen auch zuhören kann. Ja, Bildung ist hier die beste Medizin. Ich gehe sogar so weit und definiere Bildung als die Fähigkeit den Populismus in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Religion zu durchschauen, indem man selber eine (selbst-) kritische Meinung bilden kann.

4. Recht gegen Macht

Recht hat das übergeordnete Ziel die Gewalt des Einzelnen überflüssig zu machen. So, dass sich der Mensch, anstatt um seine stete Verteidigung, sich um sein wirtschaftliches Auskommen kümmern kann. Die Übertragung der politischen Macht, weg vom einzelnen, hin zu staatlichen Institutionen und deren Aufteilung in Teilmächte, die sich unabhängig gegenseitig kontrollieren, ist das bewährteste Mittel gegen Machtmissbrauch und Korruption.



Das verlangt, dass sich der Einzelne, sei er ein Bürger mit oder ohne politisches Amt, in seiner Person zurück nimmt und sich in den Dienst staatlicher Institutionen stellt. Machtstrebenden Führerpersönlichkeiten stehen aber diese rechtsstaatlichen Institutionen im Weg. Deswegen verunglimpfen sie diese, indem sie deren Exponenten als Establishment attackieren. Ziel dabei ist ein Ausbau der eigenen Macht.

Deswegen verursacht die Wahl von Politikern, die die Unabhängigkeit von staatlichen Institutionen unterwandern und die freie Presse als vierte Staatsgewalt bekämpfen indem sie sie ihrer Kontrolle unterstellen, mittel- und langfristig immer eine Zunahme der Korruption.

Das Recht ist aber nicht mit seiner Festschreibung gegeben. Es muss gewährt oder eingefordert werden. Gewährt durch eine Pflicht, die geleistet wird oder eingefordert und durchgesetzt durch Institutionen, die richterliche und exekutive Gewalt haben.

Je freiheitlicher ein politisches System, desto mehr ist das Recht auf der freiwillig geleisteten Pflicht des Einzelnen basiert. Umgekehrt, je unfreiheitlicher ein System, desto mehr ist das Recht auf unfreiwilligem Strafvollzug basiert.

Die Reihenfolge von Pflicht, Recht und Strafe entspricht in etwa auch der Ordnung von Verfassung, Gesetz und Verordnung. Deswegen gehört in eine Verfassung keine Strafnorm. Die Mutter aller Verfassungen sind die Zehn Gebote, die in der Soll-Form geschrieben sind, also die Pflichten des Einzelnen anrufen. Denn die Erfüllung der eigenen Pflicht ist gegenüber dem anderen sein Recht. Das mag einer der Gründe gewesen sein, wieso die amerikanischen Verfassungsväter sich vom Dekalog haben inspirieren lassen.

5. Werte zur Orientierung

Nicht zu verwechseln sind „Recht“ und „Wert“, respektive die „Rechtsordnung“ und „Werteordnung“. Michael Rüegg, der Verfasser von „Krise der Freiheit“ hat dies in einem Radiointerview (SRF 1 am 22.12.16) sinngemäss wie folgt ausgeführt. Eine Rechtsordnung steht nicht zur Debatte und muss vom Staat durchgesetzt werden. Der einzelne hat sich der geltenden Rechtsordnung in einem Land zu beugen, ob er nun dort dauerhaft wohnt oder sich nur zeitlich begrenzt aufhält. In seiner Werteordnung ist er aber frei, sofern er sich in einem Rechtsstaat befindet, ja dieser Rechtsstaat sichert ihm diese Freiheit sogar rechtlich zu.

Deswegen muss in sogenannten „Wertediskussionen“ und „Integrationsdebatten“ sehr klar unterschieden werden, was Recht ist, das ausnahmslos für alle gilt, und wo es um Werteordnungen geht, die in einer pluralistischen Gesellschaft in einer Vielfalt daher kommen sollen. Wenn man diesen Unterschied macht, so wird klar, dass ein Rechtsstaat, der gleiches Recht für alle fordert, keine andere Rechtsordnung dulden kann, sonst wäre er kein Rechtsstaat. Ebenso wird auch klar, dass unter demselben Recht eines Rechtsstaates verschiedene Werteordnungen bekennt und gelebt werden können. Damit sind nicht nur religiöse Wertvorstellungen gemeint, sondern ebenso ökonomische, politische und kulturelle.

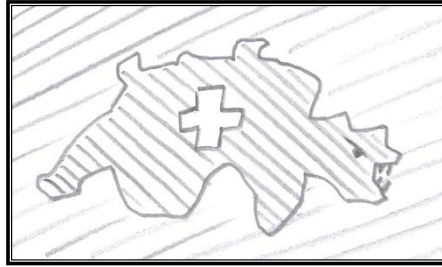
Weil Werte nicht schriftlich festgeschrieben sind wie Rechte, sondern vielmehr als „ungeschriebene Gesetze“ innerhalb einer Gemeinschaft allgemein akzeptiert sind, kann es bei Umbrüchen von Werteordnungen (z.B. zwischen Generationen) oder beim Zusammenleben von Menschen aus verschiedenen Kulturen (mit ihren unterschiedlichen Werteordnungen) zu „Wertediskussionen“ kommen. Hierbei ist gegenseitiges Verständnis, Toleranz, Zurückhaltung und Geduld gefragt. Forderungen, ob sie nun von der Mehrheit oder einer Minderheit kommen, sind schlecht und belasten das Gespräch.

6. Feinde der Nation

Das Bürgerrecht regelt, wer zum Nationalstaat gehört und seine Rechte und Pflichten geltend machen kann. Die Nation hat neben dieser rechtlichen Funktion auch den Zweck der Identitätsstiftung für sein Volk. Dabei geschieht eine Abgrenzung, die nicht einfach gut oder schlecht ist, sondern gesund ist oder ungesund werden kann.

Sie wird dort ungesund, wo sie definiert wer Freund und Feind ist. Noch ungesünder ist, wenn diese Definition in Zeiten des Friedens, um einer Absicht willen, forciert wird. Das Beschwören der eigenen Nation, der Nationalismus führe in die Freiheit. So brüllten es die Scharfmacher immer schon, obwohl die Geschichte immer wieder zeigte, dass am

Ende des Nationalismus der Krieg zwischen den Nationen wartete. Feindesbilder lassen verkrampfen und verstehen die Fröhlichkeit über sich selbst durch das Ich bin eine Schweizerin. Wir sind stolz darauf. Die entscheidet über gesund sie stolze Menschen in kommt der Stolz laut und wem kommt er leise, dafür umso selbstsicherer daher? Dasselbe gilt für die Gesellschaft und einen Nationalstaat. Selbstsicherheit lässt ruhig werden. Wer sich seiner selbst aber nicht sicher ist, schaut sich nach Menschen um, die Sicherheit versprechen.



engeln den Blick. Sie und ersetzen das Lachen Auslachen anderer.

Ich bin ein Eidgenoss. Art dieses Stolzes oder krank. Beobachten ihrem Umfeld. Bei wem überheblich daher? Bei

Dieses Muster verfolgen auch die Scharfmacher. Sie verursachen zuerst Unsicherheit mit dem Heraufbeschwören von Feindbildern, die Ängste erzeugen. In diesem emotionalen Umfeld predigen sie dann laut den Stolz unserer Väter und Mütter und wie wir diesen wieder erstarren lassen müssen. Diese Politiker sehen sich selber als starke Vater- oder Mutterfiguren. Dabei verraten sie nicht, dass sie die Bürger als ihre unmündigen Kinder betrachten, die nicht widersprechen sollen. Sie zeigen ihr wahres Gesicht erst später, wenn sie an den Schalthebeln der Macht sitzen. Dann werden die Unmündigen, die aufbegehren bestraft und umerzogen.

Auffällig ist die Lautstärke ihrer Sprache. Patriotismen und Nationalismen, die leise gesprochen sind, regen zum Nachdenken an. Solche, die laut gesprochen sind, verstärken die Emotionen. Und solche, die geschrien werden, lassen aufmarschieren.

Die Scharfmacher nutzen bewusst auch die Religionen und Konfessionen, weil damit die Emotionen noch stärker aufgeladen werden können. Und es funktioniert immer wieder, was daran liegt, dass die Menschen zu viel glauben, um emotional nicht zu erliegen und zu wenig glauben, um aus dem Glauben heraus entgegen zu halten. Denn der Friede braucht Stärke, Selbstbeherrschung und Geduld. Streit und Krieg anzetteln kann jeder.

Der Nationalismus vor hundert Jahren oder der heutzutage weltweit wieder erstarkende Neonationalismus ist eigentlich ein kollektiver Egoismus. Genau gleich wie der Egoismus einer Person, spricht der nationale Egoismus niedere Instinkte an und verändert die Art zu denken, zu reden und zu handeln. Der kollektive Egoismus birgt die zusätzliche Gefahr einer gesellschaftlichen Dynamik in eine Hass- und Gewaltspirale hinein. Dabei gehen Freiräume verloren, und wenn es dann eine Mehrheit merkt, kann es bereits zu spät für ein anderes Handeln sein, weil die eigene Freiheit zu handeln bedroht oder gar nicht mehr vorhanden ist.

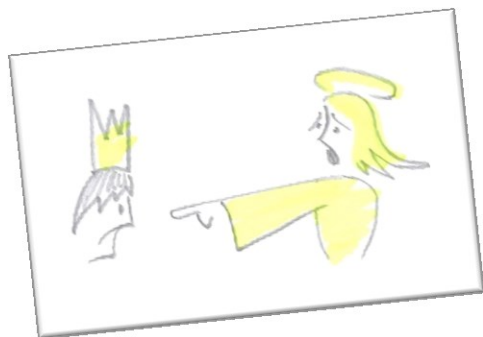
7. Keiner will unchristlich sein

Man kann in einem Parlament über alle Parteien hinweg die Politiker fragen, ob ihre Politik unchristlich sei, und keiner oder nur wenige werden mit ja antworten. Wenn, dann ist man gegen die Kirche und den Papst, aber das „Christliche“ wird grundsätzlich als gut anerkannt. Deswegen bezeichne ich im Folgenden alle Politiker als „christlich“, die von sich selber sagen, dass sie keine unchristliche Politik betreiben.

Christlich sein heisst, das Umfeld und mein Gegenüber zu respektieren und wenn es der Feind ist. Säkular ausgedrückt, kann man es auch als Respekt gegenüber Mensch und Natur bezeichnen. Das christliche Gebot gegen den Hass in all seinen Formen ist die Grundlage für respektvolles Streiten mit Gegnern. Christlich sein heisst, jeden Menschen als Ebenbild Gottes zu betrachten, oder säkular ausgedrückt, jedem Menschen seine unantastbare Würde zu zugestehen, das Fundament der modernen Menschenrechte. Christlich sein heisst, die Freiheiten der anderen auszuhalten. Denn schnell ruft der Mensch nach Rede- und Kontrollverbot und schafft ein System des Misstrauens. Das Christliche ist eine Grundhaltung aber kein politisches Programm. Es kann nicht verpolitisiert oder ideologisiert werden. Dort wo das versucht wurde, hat man seine Grundwerte pervertiert und Menschen verfolgt und getötet.

Das wiederum heisst aber nicht, dass sich das Christliche nie in die Politik einmischen will. Denn dort, wo die Grundwerte der Menschlichkeit gefährdet werden, muss sich das Christliche unbedingt Gehör verschaffen. Das ist sein urprophetischer Auftrag, worauf es sich konstituiert hat.

Dass sich das Christliche in die Politik einmischte, ist also nicht eine Option, die der Entscheidung anderer obliegt, sondern das Christliche besteht gerade in seiner öffentlichen Fürsprache für die Option der Armen. Das ist eine Grundhaltung der Befreiungstheologie, welche die südamerikanischen Militärjuntas dazu veranlasste, das Evangelium zu verbieten. Übrigens bekämpfte der Vatikan lange die Befreiungstheologie, weil er darin eine kommunistische Ideologie glaubte. Mit Papst Franziskus ist nun aber die Befreiungstheologie definitiv auch in Rom angekommen.



Die Propheten und damit auch Jesus, der sich in der prophetischen Tradition sah, waren keine politischen Führer mit einem politischen Programm. Sie überliessen die politische Macht den Königen. Aber sie haben die Könige öffentlich an ihre Verantwortung erinnert und das ohne Rücksicht auf eigene Verluste.

Anders als der Prophet, begibt sich der christliche Politiker (und hier meine ich nicht unbedingt die Mitglieder von C-Parteien, sondern alle

Politikerinnen und Politiker, die gemäss eigener Aussage keine unchristliche Politik betreiben) in die Situation, wo er politische Führungsverantwortung übernimmt. Mit dieser Verantwortung stellt er sich in den Dienst der gesamten Gesellschaft, die er im Zusammenhalt stärken will. Das politische Programm dazu kann er aber nicht in den Evangelien nachlesen, die von einem Jesus berichten, der politisch scheiterte. Was er aber dort nachlesen kann ist, wie eine Politik nicht sein darf, eine Politik, wo Menschen, die sich für andere einsetzen verfolgt und ermordet werden.

Für den Dienst an der gesamten Gesellschaft kann man sich hingegen gut auf das Evangelium berufen, wo es z. B. bei Gal 3,28 heisst: „*Es gibt nicht mehr Juden und Griechen, nicht Sklaven und Freie, nicht Mann und Frau; denn ihr seid „einer“ in Christus.*“ Hier schrieb Paulus unter dem Aspekt der Gerechtigkeit an die Galater in einer Zeit, wo die Christen mit den Juden und Griechen stritten, es die Muslime und Eidgenossen noch nicht gab und Brüssel in Rom war. Man kann diese Galaterstelle ohne komplizierte Theologie selber aktualisieren. Diese Kompetenz der Auslegung hat jede Christin und jeder Christ.

Übrigens, stellen sie sich vor, was geschehen könnte, wenn die weltweite Christengemeinschaft ohne solche „Galaterstellen“ von Fundamentalisten instrumentalisiert würde. Aber keine Sorge, denn das Christliche zeigt sich in der Vielfalt einer rechtsstaatlichen Demokratie. Es ist unscheinbar in der Parteienvielfalt eines Parlamentes verkörpert. Das Christliche ist in der Diversität der Individuen, die sich von unten her organisieren. Deswegen schreibt das Christliche die Eigenverantwortung und die Subsidiarität gross. Nicht zuletzt auch deswegen, weil damit die Effizienz verbessert wird. Markus Arnold (2010) schreibt hierzu auf S. 131: *„So zeigt es sich im Sozialbereich, dass subsidiäre Organisationen (z.B. Caritas) oft viel effizienter arbeiten als analoge staatliche Organisationen.“*

Eigenverantwortung und Subsidiarität werden der Vielfalt eines Volkes gerecht. Aus diesem Grund sind C-Parteien Volksparteien, die gerade nicht von oben geführt werden. Damit erklärt sich aber auch ihre Mühe geschlossen aufzutreten, was im Charakter einer echten Volkspartei gegeben ist. Paradoxe Weise wird ihnen das immer wieder vorgeworfen, obwohl sie das Volk in seiner Vielfalt bestens repräsentieren.

Wegen der Meinungsvielfalt in einer Volkspartei braucht es auch den Streit. Der Streit ist integraler Bestandteil

einer christlichen Kultur. Deswegen das Feindesgebot, damit er nicht in Hass mündet, sondern im gegenseitigen Respekt konstruktiv bleibt, damit gemeinsam Regeln für alle gefunden werden können. Übrigens ist uns in den Evangelien ein Jesus geschildert, der quasi im Dauerstreit war, aber er hat nie jemanden gehasst. Hier treffen wir auf ein weitverbreitetes Missverständnis. „Christlich“ wird von vielen mit nett, zurückhaltend, harmonisch und rückständig assoziiert. Dabei war das Christliche immer radikal auf der Seite der Menschlichkeit und war immer wieder frech genug, den Mächtigen in Kirche und Staat dies ins Gesicht zu sagen ohne Rücksicht auf eigene Verluste. Das Christliche ist nicht streitsüchtig, um des Streites Willen zu opponieren. Es ist nicht eine Opposition zur staatlichen Macht. Aber es scheut den Streit nicht, wenn es um die Menschlichkeit geht.

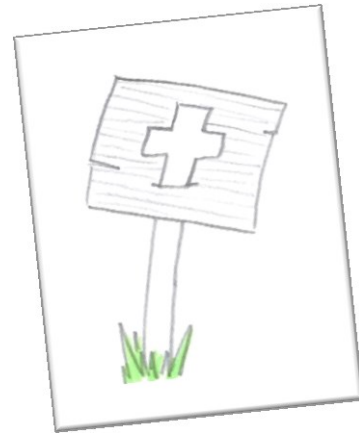
An dieser Stelle möchte ich ein Zitat von Michael Rüegg anführen, wo er die Feindesliebe als Grundvoraussetzung für eine freiheitliche Demokratie darstellt und damit zeigt, wie sehr unser Staatswesen im Innersten auf christlichen Werten beruht. In seinem Büchlein „Krise der Freiheit“ schreibt er auf S. 68: *„Ich denke, wir brauchen eine Politik der Feindesliebe. Darin spricht sich zunächst einmal ein harter Realismus aus. Wir sollen immer und überall mit den Feinden der Freiheit rechnen, in unserer Mitte als auch jenseits unserer Grenzen, und uns entsprechend wappnen, ob militärisch oder wirtschaftlich. Aber noch weit mehr. Wir sollen auch immer und überall den unbedingten Willen zu einer menschlichen Haltung bewahren, gegenüber jedem einzelnen Menschen, ohne Ausnahme.“* Damit meint er, dass gerade der Terrorismus uns verleiten will, unsere rechtsstaatlichen Prinzipien aufzugeben, um mit brutaler und unmenschlicher Härte zurückzuschlagen. Dann aber würden wir unsere eigenen



Freiheiten aufs Spiel setzen und der vom Terrorismus angepeilten Gewaltspirale zusätzliche Dynamik verleihen.

Unsere offene Gesellschaft ist wie ein Weizenfeld (vgl. Mt 13,24-30). Möchte man das Unkraut ausreissen, so würde man auch den Weizen zertrampeln. Will man das Weizenfeld nicht zerstören, so muss man das Unkraut mitwachsen lassen und es am Tag der Ernte aussortieren. Dies ist ein sehr anschauliches Bild, das bewusst macht, dass eine freiheitliche und offene Gesellschaft Geduld und Ausdauer braucht, wenn sie sich selbst erhalten will.

Wähler von christlichen Politikern sind häufig enttäuscht, weil diese „unchristliche“ Entscheidungen fällen. Der christliche Politiker muss aber diejenigen Entscheidungen mitverantworten, die den Zusammenhalt der Gesellschaft stärken. Er wägt dabei zwischen der Eigenverantwortung des Bürgers, der Verantwortung des Staates und den dafür vorhandenen Mitteln ab. Dabei darf nicht vergessen werden, dass der Staat auf die Mitwirkung der Bürger angewiesen bleibt. Die Bürger wollen frei sein und nicht einen Staat haben, der ihnen alles vorschreibt. Der Staat soll aber dort wirken, wo der einzelne Bürger überfordert ist oder nicht wirken darf. Alle diese Prinzipien haben ihre christliche Grundlage, die aber, wie die Menschenrechte, in Interessenskonflikte führen und deswegen in Kompromissen ausgestaltet werden müssen. Diese Kompromissfindung ist nichts anderes als das politische Tagesgeschäft.



Noch was zur Marke „C“ christdemokratischer Parteien. Viele ausserhalb wie innerhalb von C-Parteien haben Mühe damit, weil sie das C mit den „Ks“ der Kirche, des Katholizismus oder dem Konservatismus gleichsetzen, als wären wir noch im Kulturkampf des 19. Jahrhunderts. Dabei steht das C für eine Grundhaltung, welche für die Würde des Menschen und seine Grundrechte bürgt. Das C setzt sich für die Familien in all ihren Ausprägungen ein, weil dort die Solidarität zwischen Menschen gelebt und an die nächste Generation praktisch vermittelt wird. Das C setzt sich gleichermassen für den Erhalt von Bewährtem (konservativ) und die Ausrichtung (progressiv) auf zukünftige Situationen ein. Das C ideologisiert aber weder das Konservative noch das Progressive, weil es die breit abgestützte Lösung sucht, die nach allen Optionen verlangt. Das C entspringt der biblischen Machtkritik und bietet eine Grundlage für die rechtsstaatliche Gewaltentrennung. Das C steht für die Vielfalt der Meinungen, berücksichtigt Minderheiten und respektiert auch den Gegner. Das C lässt auch Selbstkritik zu und hinterfragt immer wieder mal den Erfolg, den die Politik sucht. Das C ist keine Ideologie, sondern sucht den Ausgleich zwischen den Polen, um die Gemeinschaft zu stärken. Das C ist eine schwierige Marke, aber sie ist 15 mal älter als Coca-Cola und jeder Marketingmanager weiss, dass man eine solche Marke nicht ändern soll.

8. Was sagt die Kirche?

Zuerst eine Vorbemerkung: Mit „christlich“ bezeichne ich eine menschliche Grundhaltung, die auch säkular (d.h. nicht religiös, z.B. humanistisch) zum Ausdruck gebracht werden kann. Das „Christliche“ ist in diesem Zusammenhang nicht mit dem Christentum und seinen Kirchen zu verwechseln, wie z.B. mit der katholischen, der reformierten und der christ-katholischen Kirchen, die in den meisten Kantonen als öffentlich-rechtliche Körperschaften (sogenannte Landeskirchen) anerkannt sind.

Ein Dauerthema in der Politik ist das Mitspracherecht dieser Kirchen. Es wird in regelmässigen Abständen von Kreisen thematisiert, die die Kirche immer noch als mächtige politische Institution sehen, die sie vor dem Kulturkampf noch war. Sie pflegen bewusst kein aktuelles Bild der Kirchen, sondern arbeiten mit Klischees und zielen auf Meinungen kirchlich-konservativer Minderheiten. Dabei verkennen sie die Kompetenzen der Kirchen, auf welche der Staat angewiesen bleibt. Das ist zum Beispiel die Vermittlung religiös-ethischer Werte, die Durchführung kultischer Rituale bei Staatstrauer oder anderen gesellschaftlichen Grossanlässen, die vielen sozialen Tätigkeiten kirchlicher und kirchennaher Institutionen durch ihre zahlreichen Freiwilligen, die Investitionen in kulturelle Traditionen und Infrastrukturen und der immer wichtiger werdende interreligiöse Dialog zwischen den Kulturen.

Kirchliche Werke sind eine nicht wegzudenkende gesellschaftliche Realität, die von der breiten Bevölkerung geschätzt werden. So wie christliche Politiker die Trennung von Religion und Staatswesen als Selbstverständlichkeit sehen, so sollten liberalistische und atheistische Politiker die realpolitische Dimension kirchlicher Institutionen endlich anerkennen und nicht weiter ideologisch bekämpfen. Falls das zuviel verlangt ist, so sollten sie als Politiker der Gegenwart zumindest darum bemüht sein, ein aktuelles Bild der Kirchen in der heutigen Gesellschaft wahrzunehmen.

Klar darf man die Kirchen kritisieren, wo sie die Frauen immer noch nicht gleichstellen, wo die Frauen doch ebenso Gottes Ebenbild sind, und sie die geschiedenen Wiederverheirateten von der Kommunion ausschliessen, wo sie doch selber mehrfach geschieden sind. Man darf ihnen aber auch dafür danken, was sie alles für unsere Gesellschaft leisten und sie ernst nehmen und dafür zu Wort kommen lassen.

Dass Kirchen gegenüber der Politik nicht immer still sein sollten, wird spätestens dort offensichtlich, wo man ihnen vorwirft, dass sie nicht immer den Mut hatten den Rassisten und Faschisten klar zu widersprechen (S. 58 und 146 in Arnold 2010). Auch heute noch ist in gewissen Ländern die Nähe kirchlicher Institutionen zu nationalkonservativen, rassistischen und faschoiden Kreisen erschreckend. Diese Nähe wird vor allem durch politisches Schweigen praktiziert.

Der rechtsstaatliche Politiker, der dies begriffen hat, versucht nicht mehr den Kirchen zu verbieten sich politisch zu äussern. Es genügt ihm zu wissen, dass er in einem freiheitlichen Staat lebt, wo er nicht auf ihre Stimme hören muss und dies ebenso öffentlich kund tun kann.

9. Handeln aus Überzeugung

Bei einem Kollegengespräch vor der Kaffeemaschine ging es einmal darum, ob Wissen eine Voraussetzung zum Handeln ist. Muss man nicht etwas zuerst verstanden haben und darüber Bescheid wissen, damit man Handeln kann? Jemand brachte dann das

Beispiel, dass wir in einer Zeit leben, wo wir mehr über die Natur wissen als je zuvor, aber trotzdem handeln wir nicht (ausreichend) um sie zu erhalten. Also ist Wissen nicht unbedingt eine Voraussetzung für ein Handeln.

Die Motivation zum Handeln kommt immer aus einer Überzeugung. Wenn Wissen zur Verfügung steht, soll es für die Entscheidungsfindung verwendet werden, keine Frage, aber der Antrieb zum Handeln kommt immer aus einer Überzeugung. Das kann eine Glaubensüberzeugung, eine Ideologie oder sonst eine Werteordnung sein. Übrigens, gute Entscheidungen sind solche, die einen Handlungsspielraum zulassen. Denn ohne Handlungsspielraum verkommen Entscheidungen zu Befehlen.

In politischen Entscheidungen geht es vor allem um eine Frage. „Was sollen wir tun?“ Und diese Frage ist gleichsam die urethische Frage. Politik basiert also auf Ethik. Markus Arnold schreibt dazu in seinem Buch „Politik und Ethik in christlicher Verantwortung“ (S. 25): *„Eine Verantwortungsethik versucht, die möglichen Folgen von Handlungen abzuschätzen. Das Handeln muss verantwortbar sein. Was allerdings die grundlegenden Ziele des Handelns anbelangt, ist die Gesinnung massgeblich beteiligt. ... Der Gesinnung geht es um das Gute, der Verantwortung um das Richtige.“*

Politik verlangt Entscheidungen in Situationen, welche der eigenen Gesinnung gegenläufig sein können, aber trotzdem richtig sind, das heisst, der Situation entsprechen. Das spricht aber nicht gegen die Gesinnungsethik, denn diese kann als „Stachel“ ein Bewusstsein bewirken, dass politische Entscheidungen zwar richtig sind aber deswegen nicht automatisch gut sind. Der Grund ist einfach. In vielen Situationen muss eine Entscheidung zwischen zwei Übeln getroffen werden. Ohne Gesinnungsethik würde uns aber das Bewusstsein für das Gute abhanden kommen, und man würde nicht mehr merken, dass man auf dem Weg der richtigen Entscheidungen, irgendwo eine Grenze überschritten hat, die unumkehrbar in eine Dynamik führt, die grundsätzlich nicht mehr gut wäre. An dieser Stelle möchte ich mit einem Zitat von Arnold (S. 25) auf den schrecklichen Begriff „Gutmensch“ zu sprechen kommen: *„Die abschätzige Rede von den „naiven Gutmenschen“ in der Politik zielt oft auch auf christliche Politikerinnen und Politiker. Die diffamierende Floskel weist an und für sich darauf hin, dass die gute Gesinnung nicht reicht. Sie kritisiert nun allerdings nicht den Mangel an Normen, sondern stellt die gute Gesinnung als solche in Frage. Die Alternative zu den Gutmenschen wären daher die „Bösmenschen“. Bei diesen können wir nur hoffen, dass es bei ihnen ebenfalls an der Umsetzung ihrer üblen Gesinnung hapert!“*

10. Stachel im Fleisch

Der „Stachel im Fleisch“, eine Redewendung aus dem Zweiten Korintherbrief, meint das Bewusstsein der eigenen Schwäche, das vor der Überheblichkeit bewahren soll. Der Stachel steht für das Bewusstsein der eigenen Unzulänglichkeit. Er steht für eine Kritik aus einer Selbstkritik heraus. Er steht für eine Moral, die bei sich selber anfängt. Deswegen ist das Moralisieren gerade nicht das, was mit dem „Stachel“ gemeint ist. Moralisieren geschieht immer aus einer Überheblichkeit heraus, und wird von dem betrieben, der seinen eigenen Stachel nicht spürt.

Überträgt man die Redewendung von einem einzelnen Menschen auf die Gesellschaft, so wird der Stachel zu dem, was der Macht entgegenhält. Angefangen mit einem Bewusstsein um die Bedeutung der Minderheiten und dass man auch ihnen gerecht werden muss. Die Mehrheit, die ohne Rücksicht auf die Überstimmten befiehlt, agiert

immer nur aus einem Moment der Stärke. Es ist zwar ihr Recht, aber sie verhält sich nicht weise. Sie zielt auf den momentanen Durchschlag ihrer Macht, die sie als absolut setzt. Weise wäre die Einsicht, dass die Stärke dazu da ist, um auf die anderen zu zugehen, um gemeinsam die Zukunft zu gestalten. Eine Zukunft, die auch dann Bestand hat, wenn sich die Mehrheitsverhältnisse verschoben haben.



Deswegen ist die eidgenössische Konkordanzpolitik etwas vom Weisesten, was es politisch auf dieser Welt gibt. Leider wird sie von vielen nicht verstanden, weil sie den Kompromiss nicht als eine positive Qualität verstehen, sondern als eine faule Halblösung von jemandem, der sich nicht durchzusetzen weiss. Es ist entweder dieses Unwissen oder man ist eine Machtkultur gewohnt, worin das Durchsetzungsvermögen als Stärke gilt. Eine Stärke wie sie in hierarchischen Strukturen von Grosskonzernen,

Armeen, patriarchalen Stammeskulturen oder Diktaturen praktiziert wird. In solchen Machtstrukturen wird der Stachel zur Machtkritik. Er hinterfragt die Machtkonzentration und fordert die Mächtigen heraus.

Wenn eine Religion moralische Instanz einer Gesellschaft im Sinne eines „Gewissensstachels“ sein will, so darf sie nicht mit der Macht oder einer Gegenmacht des Staates kooperieren. Mächte wollen deswegen die ihnen suspekten „stacheligen Instanzen“ verbieten oder aber ihnen einen bestimmten Platz im Machtgefüge zuweisen. Der wahre Stachel kommt aber nie aus dem System heraus, sondern er kommt immer von aussen. Deswegen lässt sich der Stachel auch nicht vom System vereinnahmen.

Deswegen verbieten totalitäre Systeme die „Stacheln“. Sie schaffen die Meinungsfreiheit ab, sperren die Karikaturisten und Journalisten ein, verfolgen die Minderheiten und gehen gegen Andersgläubige vor. Während der südamerikanischen Militärdiktaturen verfolgte man die Priester und Bischöfe, welche mit ihrer Befreiungstheologie die Mächtigen anklagten, genauso, wie es die biblischen Propheten taten. Man hat sie eingesperrt, gefoltert und erschlagen.

Michael Rüegg schreibt dazu in seinem Büchlein „Krise der Freiheit“ (S. 19): *„Gesellschaften, die keine angemessene Trennung zwischen Macht und Moral kennen, unterdrücken die Freiheit. Klassische Beispiele sind das islamische Kalifat und die sozialistische Diktatur. ... Hier zeigt sich, dass der religiöse Fundamentalismus und der atheistische Totalitarismus wesensverwandt sind. Sie respektieren beide nicht die Freiheit des Anderen.“* Diese unvollständige Aufzählung soll aber nicht dazu führen, dass nicht-religiöse und nicht-linke nationalkonservative Kreise sich hier bestärkt fühlen. Denn ihre Ideologie (Moral) kann ebenso in einer faschistischen Diktatur (Macht) münden.

11. Wenn die Wut erlischt

Der frustrierte Wutbürger ist jemand, der unser Staatswesen nicht zu schätzen weiss. Ich kenne einige Leute in meinem Umfeld, die über die Politik und die Politiker in unserem Land keine Wertschätzung über die Lippen bringen. Das gibt mir jeweils zu denken, da wir doch eines der besten politischen Systeme der Welt haben und viele dies nicht zu würdigen und damit auch nicht zu erhalten wissen.

Die Wut ist eine sehr starke emotionale Kraft, die viel zu bewegen vermag. Aber sie sollte sich mit der Zeit in ein Engagement für die Gesellschaft wandeln lassen.

Geschieht dies nicht, so entwickeln sich Resignation oder Hass, die uns vom konstruktiven Mitwirken abhalten und uns in die Frustration und Zerstörung führen.

Wut ist grundsätzlich ein gutes Gefühl. Denn sie sagt uns, dass etwas nicht in Ordnung ist. Es ist ein Gefühlssignal, das uns die Angst, ein anderes starkes Gefühl, das uns lähmt, überwinden lässt und damit eine emotionale Deblockade erlaubt. Diese Deblockade macht uns frei zum Handeln. Wichtig ist aber, dass wir beginnen über die Situation nachzudenken. Am besten, wenn die Emotionen etwas abgeklungen sind und klares Denken mit anderen zusammen möglich wird.

Wenn die Wut nicht erlischt, also nicht gewandelt wird, dann werden wir zu Wutbürgern, welche nicht mehr zur Wertschätzung unseres politischen Systems und seinen Vertretern fähig sind. Ich frage dann jeweils: *„Sage mir, wenn unser politisches System, die Parteien und die Politikerinnen so schlecht sind, welche Politik aus welchem anderen Land wünschst Du Dir denn für unsere Schweiz?“* Für kurze Zeit wird angehalten und die meisten antworten: *„Unser politisches System ist schon gut, aber ...“*, und dann wird mit weiteren Schimpftiraden fortgefahren.

Wenn die Wut nicht mehr erlischt, dann werden wir zu lästigen Jammerern. Wutbürger suhlen sich mit Gleichgesinnten in den gemeinsamen Schimpfereien und reden bald über nichts mehr anderes. Sie verlieren die Sicht fürs Ganze und die Fähigkeit zur Wertschätzung. Letztendlich tun sie sich selbst keinen Gefallen, wenn sie verbittern.

Es gibt Politiker, die sich diese Art der Unzufriedenheit zunutze machen, um die eigene Macht zu mehren. Sie schüren das Misstrauen und den Unwillen gegenüber der Politik, die für das Erreichte steht. Weil es aber die rechtsstaatlichen Institutionen sind, die die staatliche Macht aufteilen und diese Institutionen schwer zu kritisieren sind, wenden sie einen Trick an.

Sie personifizieren die etablierten Institutionen mit dem „Establishment“ und nennen es die „politische Elite“, welche nicht mehr für das Volk stünde. *„Dje det obe machet sowieso was si wönnt!“* Dabei hinterfragt keiner diese falsche Behauptung, denn die schweizerische direkte Demokratie zeichnet sich ja gerade darin aus, dass sie keine politische Elite hat. Das stört aber keinen, die Diffamierung funktioniert. Als nächstes bieten sie sich selber als die echten Volksvertreter an, welche dem Volk wieder seine Stimme zurück geben würden, die ihm aber nie genommen wurde! Ihr Ziel dabei ist, selber in die Führungsgremien dieser Institutionen gewählt zu werden, um diese von innen heraus zu schwächen, damit die eigene Führungsmacht wächst. Dafür sind sie sogar bereit, unser gut funktionierendes Staatswesen oder Teile davon aufs Spiel zu setzen. Es ist eine Taktik, die momentan in verschiedenen demokratischen Rechtsstaaten weltweit zu beobachten ist. Es ist ein Trend weg von den gewaltentrennenden Institutionen hin zu autokratischeren Regierungsformen mit starken Führerpersönlichkeiten.

Die alte Eidgenossenschaft und der moderne föderalistische Bund in Form einer direkten Demokratie sind entstanden, weil man keine Autokraten und keine zu dominante übergeordnete Staatsebene wollte. Beide sind aus den negativen Erfahrungen von Fremdbestimmtheit heraus entstanden. Die politischen Freiheiten von heute haben unsere Vorfahren erstritten und wir sind gut beraten diese genauer zu verstehen, bevor wir Politiker wählen, die behaupten, dass wir Missstände zu beseitigen haben und die Verfassung ändern müssen.

12. Heim gehen

Mit „Heim gehen“ meine ich die Sehnsucht des Menschen nach einem glücklichen Zuhause und Frieden. Wenn die Politik den Anspruch hat gut sein zu wollen, so muss sie sich mit dieser Sehnsucht als einem übergeordneten Ziel auseinandersetzen. Sie kommt dabei nicht herum, sich philosophische Fragen zu stellen: Was ist Sehnsucht? Wer ist Mensch? Was ist ein glückliches Zuhause? Was bedeutet Frieden?

Hier winken bereits viele ab. „Wir sind doch Macher und keine Philosophen! Man hat uns gewählt, damit wir umsetzen, und zwar subito.“

Man muss ja nicht immer philosophieren, sonst kommt man tatsächlich nicht zum Tun. Aber von Zeit zu Zeit sollte man sich solche wichtigen Fragen stellen. Als Politiker erst recht. Denn das unterscheidet ihn ja vom Technokraten, der das politische Tagesgeschehen rein ökonomisch abwickelt. Der Politiker muss eine Sache jeweils in einen größeren Zusammenhang stellen können. Spätestens bei grossen Geschäften wird er die grossen Fragen berühren müssen.

Das kleine glückliche Zuhause ist den Menschen aber viel näher als der grosse Frieden. Gerade in Zeiten, wo in Anbetracht der wirtschaftlichen Globalisierung, der internationalen Flüchtlingsströme und dem globalen Klimawandel ein Verlust der Kontrolle droht und der grosse Frieden in eine utopische Ferne gerückt scheint, sehnt sich der Bürger umso mehr nach seinem glücklichen Heim. Er möchte zumindest in seinem Zuhause die Übersicht und Kontrolle haben und ohne Überraschungen an seinem Glück schmieden können.

Diese Situation globaler Herausforderungen, die sich noch weiter verschärfen wird, bietet einen idealen Nährboden für populistische Führer und solche die es werden wollen. Es ist deswegen eine riesige Aufgabe für die etablierten Volksparteien, mit einer lösungsorientierten Sachpolitik das Volk wach zu halten und es vor dem Irrglauben zu bewahren, dass eine starke Führerpersönlichkeit das Heil bringen kann. Die Lösung besteht in viel Arbeit der Überzeugung und der Umsetzung. Sie verlangt unsere ganze Vernunft, Kreativität und Schaffenskraft. Denn es sind die bisher grössten Herausforderungen an die Menschheit, welche ihr alle menschlichen Fähigkeiten abverlangen werden.

Und gerade deswegen müssen wir auch immer wieder „heim gehen“ können, um uns im Kreise unser Lieben zu erholen und Kraft zu tanken. „Heim gehen“ bedeutet für mich deswegen auch, die Politik mal sein zu lassen, denn es gibt noch anderes. Auch dafür steht das C. Denn wie bei jeder Arbeit, muss auch das politische Werk seinen Feierabend und seinen Sonntag haben.



Schlusswort

Wer ist ein guter Politiker? Bei uns in der Schweiz kann man davon ausgehen, dass jede Kandidatin und jeder Kandidat bereit ist einen persönlichen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten. Klar, es lockt, dass man Aufmerksamkeit bekommt. Das gehört dazu, wenn man in der Öffentlichkeit steht. Aber es sind doch einige Aufgaben, die ohne Erfolgsgarantie mit viel Mühe verbunden sind. Dazu kommt, dass man der öffentlichen Kritik ausgesetzt ist.

Weil wir in der Schweiz ein gutes System von politischen Institutionen haben, wo es nicht zuerst um politische Persönlichkeiten geht, ist die Mitwirkung des einzelnen grundsätzlich gut. Denn man stellt sich zur Verfügung, damit diese staatlichen Institutionen genügend Ressourcen haben und damit ihr Funktionieren gewährleistet bleibt.

Eine Wiederwahl ist sicher eine schöne Bestätigung für das Geleistete. Nicht wieder gewählt zu werden, heisst aber nicht unbedingt, dass man schlechte Arbeit gemacht hat und kein guter Politiker war. Denn gerade in der Akzeptanz der Nichtwahl, zeigt sich ja der gute Demokrat.

Dann ist da noch diese Überforderung, dass man ein besserer Mensch sein soll als Politiker. Vor allem Kandidaten christlicher Parteien sehen sich dieser Erwartungshaltung gegenüber. Eine solche Erwartung führt früher oder später nur in eine Enttäuschung.

Deswegen mein Fazit: Der Schweizer Politiker ist alleine darin gut, dass er sich für eine Zeitlang in den Dienst der Allgemeinheit stellen lässt und wieder loslassen kann, wenn andere gewählt werden.

Lesenswertes

- Michael Rüegg (2016): Krise der Freiheit. Religion und westliche Welt. Plädoyer für ein gelassenes Verhältnis. Schwabe Reflexe.
- Markus Arnold (2010): Politik und Ethik in christlicher Verantwortung. Rex Verlag.